

KUNTERBUND



Die Schweizer Journalistenwelt stand still am Mittwochnachmittag. Es waren die Stunden, in denen niemand genau wusste, was denn nun passiert mit Eveline Widmer-Schlumpf. Die **Bundesverwaltung** machte derweil weiter wie immer – und verschickte Mitteilung über Mitteilung in die Redaktionen. Nur die eine, die ersehnte, fehlte. Als dann, um 15.49 Uhr, auch noch ein Rückruf für Fonduegeschirr in die Postfächer flatterte, soll da und dort ein Bildschirm geborsten sein, der eigentlich später an diesem Tag noch gebraucht worden wäre. (dow)



Wenn eine Ära endet, beginnt die Zeit des Rückblicks – und jene des Ausblicks. Das gilt auch für die **BDP**, die diese Woche ihre Bundesrätin verlor. Das ist in der Lesart der Parteiexponenten alles, nur nicht schlecht, im Gegenteil: Es ist, natürlich, eine Chance. Nämlich die, endlich aus dem langen Schatten der Bundesrätin zu kommen. So war das immer wieder zu hören. Wahr ist aber auch: Ein Satz wird nicht richtiger, wenn man ihn ständig wiederholt. (dow)



Mit Extremismus ist nicht zu spassen, deshalb ist er eigentlich auch kein Fall für diese Spalte. Doch wenn eine Wortmeldung derart in die Realsatire abgleitet wie die Empfehlungen, welche die rechtsextreme **PNOS** angesichts der «Flüchtlingswelle» an die Schweizer Bevölkerung richtet, dann dürfen wir eine Ausnahme machen: «Legt euch eine Edelmetallreserve an, (...) um bei den ersten Aussetzern der staatlichen Ordnung schnell im Osten Europas Schutzaffen kaufen zu können. (...) Uhren Schmuck und Geld verstecken, Frauen dürfen sich nicht sexuell aufreizend kleiden. (...) Bringt euren Körper in Form, speziell mit Ausdauerläufen und Sprintübungen.» Die Pointe erübrigt sich. (bär)

Schweiz beim Internet-Angebot vorne dabei

BERN. In der Schweiz verfügen die meisten Haushalte über einen schnellen Internetzugang: Beim Breitbandausbau belegt die Schweiz im europäischen Vergleich einen Spitzenplatz. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die im Auftrag der EU-Kommission und Glasfasernetz Schweiz erstellt wurde. Die EU hatte sich zum Ziel gesetzt, dass bis 2020 alle Bürger über einen Anschluss mit einer Bandbreite von 30 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) verfügen. Die Schweiz erreicht dieses Ziel laut Glasfasernetz Schweiz bereits heute. Die Abdeckung über die gesamte Schweiz betrage 99 Prozent; nur Malta verfüge über einen noch höheren Wert. Die Spitzenposition der Schweiz beim Breitbandausbau führt die OECD auf den starken Infrastrukturwettbewerb und die daraus resultierenden hohen Investitionen zurück.

Keinen Spitzenplatz belegt die Schweiz beim Ausbau des Glasfasernetzes. Zwar liegt die Abdeckung mit rund 26 Prozent höher als das EU-Durchschnittsniveau (18,7 Prozent). Der Abstand zu den führenden baltischen Staaten ist aber gross: In Litauen betrug die Abdeckung fast 95 Prozent, in Lettland rund 83 Prozent. (sda)

«Ich bin gegen einen Mittekurs»

Die St. Galler Nationalrätin **Barbara Gysi** will Chefin der SP-Bundeshausfraktion werden. Im Interview spricht die 51-Jährige über die Ausrichtung ihrer Partei, die Rolle eines Fraktionschefs und die neuen Kräfteverhältnisse in Bern.

TOBIAS BÄR

Frau Gysi, die SP hatte sich für die Nationalratswahlen einen Wähleranteil von 20 Prozent zum Ziel gesetzt. Herausgekommen sind 18,8 Prozent und ein Verlust von drei Sitzen.

Barbara Gysi: Beim Wähleranteil haben wir leicht zugelegt. Und bei der Verteilung der Sitze braucht es immer auch Proporzglück. Dieses hat – anders als vor vier Jahren – nicht zu unseren Gunsten gespielt.

Trotzdem: Das Ziel wurde verfehlt.

Gysi: Wir haben unsere Themen plziert und unsere Basis erfolgreich mobilisiert, gesprochen wurde dann aber nur noch über die Asylfrage. Die Sozial- und die Wirtschaftspolitik gingen dagegen unter.

Die Asylpolitik fand auf der SP-Wahlplattform – dem inhaltlichen Dach Ihrer Wahlkampagne – nicht statt. Hat man der SVP kampfflos das Feld überlassen?

Gysi: Die Delegierten haben die Wahlplattform im Februar verabschiedet. Damals konnte niemand ahnen, dass das Thema derart in den Vordergrund rücken würde. Man hat uns auch vorgeworfen, dass das Verhältnis Schweiz-EU kein Teil der Wahlplattform war. Dabei ist unsere Position klar: Wir wollen den bilateralen Weg weitergehen. Das mussten wir nicht noch einmal betonen.

Liegt das Problem nicht auch darin, dass die SP das Arbeitermilieu nicht mehr erreicht? Ihre Partei hat sich von einer Partei der Unterschicht zu einer Partei der gehobenen Mittelschicht entwickelt.

Gysi: Wir erreichen immer noch beide Schichten. Aber wir müssen den Menschen mit tiefem Einkommen vielleicht noch klarer aufzeigen, dass wir uns für sie einsetzen – ganz im Gegensatz zur SVP.

Daniel Jositsch, der in Zürich glanzvoll in den Ständerat gewählt wurde, sagte gegenüber der «Sonntags-Zeitung», die SP schöpfe ihr Potenzial gegen die Mitte nicht aus und sei zu einseitig links positioniert. Hat er recht?

Gysi: Bei unseren Kernthemen wie der Sozialpolitik müssen wir uns klar links positionieren und dürfen keinen verwässerten Mit-



Bild: ky/Lukas Lehmann

Seit 2012 ist Barbara Gysi Vizepräsidentin der SP Schweiz. In Zukunft will sie die Fraktion führen.

SP-Fraktionspräsidium Zwei Männer gegen Barbara Gysi

Ein Fraktionschef bereitet Sitzungen vor, schmiedet Allianzen über die Parteigrenzen hinweg und schliesst die eigenen Reihen. Die zweitgrösste Fraktion der Bundesversammlung, die SP, sucht derzeit nach einer Person, die diesem Anforderungsprofil entspricht. Dies, weil der bisherige Fraktionschef Andy Tschümperlin (SZ) die Wiederwahl in den Nationalrat verpasst hat. Heute endet die Bewerbungsfrist. Gestern lagen

der SP-Parteileitung gemäss Sprecher Michael Sorg drei Bewerbungen vor. Neben Barbara Gysi interessieren sich die Nationalräte Beat Jachs (BS) und Roger Nordmann (VD) für den Posten. Gegen Nordmann spricht, dass Parteipräsident Christian Levrat ebenfalls ein Romand ist. An der Fraktions-sitzung vom 20. und 21. November werden die Kandidaten angehört – anschliessend erfolgt die Wahl. (bär)

tekturs fahren. Aber im Parlament müssen wir Hand bieten für Lösungen, die in Richtung Mitte gehen. Mit prononciert linken Positionen erreichen wir dort keine Mehrheiten.

Sie bewerben sich für den Posten der SP-Fraktionschefin. Eignen Sie sich als Vertreterin des linken Parteiflügels für die Rolle der Mehrheitsbeschafferin?

Gysi: Ich habe zwar einen klaren Standpunkt, bin aber auch konzipiant und verhandlungsbereit. Nur so lassen sich mit den anderen Parteien auch tragfähige Kompromisse schmieden. Zudem ist es wohl von Vorteil, wenn wir bei Verhandlungen

nicht schon in der Mitte starten. Die SP wird im neuen Parlament oft genug nachgeben müssen.

Hat sich das Anforderungsprofil durch den Rechtsrutsch verändert? Braucht die Fraktion eine Präsidentin oder einen Präsidenten, der auf die Bürgerlichen zugehen kann?

Gysi: Das ist generell die Aufgabe eines Fraktionschefs, unabhängig von den Kräfteverhältnissen. Im neuen Parlament wird diese Aufgabe wohl noch etwas anspruchsvoller. Wir müssen damit leben, dass wir nicht immer Erfolg haben können.

Welche Eigenschaften bringen Sie sonst noch mit?

Gysi: In der Exekutive der Stadt Wil habe ich bewiesen, dass es mir gelingt, sehr unterschiedliche Meinungen zusammenzubringen. Ich kann gut zuhören, verfüge über gute Menschenkenntnis und habe Führungserfahrung. Und ich glaube, dass ich in der Fraktion schon breit akzeptiert bin.

Spielt die Geschlechterfrage eine Rolle?

Gysi: Die SP verfolgt das Ziel, Frauen zu fördern. Der Parteipräsident ist ein Mann. Da muss sich die Fraktion schon gut überlegen, ob sie alle gegen aussichtbaren Posten mit Männern besetzen will. Zumal wir in der Fraktion eine Frauenmehrheit haben. Das Geschlecht darf aber nicht das einzige Kriterium sein.

Als neue Chefin würden Sie die SP-Fraktion in die Bundesratswahlen führen. Weshalb verweigert Ihre Partei der SVP die Doppelvertretung?

Gysi: Der neue Bundesrat muss sich klar hinter die Menschenrechtskonvention und hinter die bilateralen Verträge stellen. Von einem Regierungsmitglied darf man erwarten, dass es die Grundrechte respektiert und die Beziehungen zum Ausland nicht abbrechen will. Deshalb würden wir eine Kandidatur aus den Mitteparteien begrüssen. Wir schliessen nicht aus, dass wir einen SVP-Vertreter wählen, wir haben aber klare Anforderungen an einen Kandidaten.

Die ein Kandidat der SVP kaum erfüllen wird.

Gysi: Das wird sich zeigen. Aber in diesem Fall gibt es von uns kaum Stimmen.

Kritik am Umgang mit geflohenen Frauen

Die Organisation Terre des Femmes kritisiert die Unterbringung von Frauen in Schweizer Asylunterkünften. Es werde zu wenig zum Schutz der Privatsphäre der Frauen getan, die in vielen Fällen sexuelle Gewalt erlebt haben. Bund und Kantone wehren sich.

DEBORAH STOFFEL

BERN. Schweizer Asylunterkünfte sind für Mädchen und Frauen oft kein sicheres Umfeld. Zu diesem Fazit kommt eine aktuelle Studie der Organisation Terre des Femmes (TDF). Von den 32 befragten Asylbewerberinnen und Betreuerinnen trauten sich die einen nachts nicht auf die Toilette, andere sagten, sie würden unter der Dusche von Männern beobachtet. «Die Qualität der Unterkünfte ist sehr unterschiedlich, und sie hängt sehr von den Mitarbeitern ab», sagt Simone Egger, Projektleiterin bei TDF. Die Kritik gelte deshalb den Strukturen und den fehlenden staatlichen Vorgaben. «Der Staat sollte dafür sorgen, dass sich die Frauen in den Asylunter-

künften sicher fühlen», sagt Egger. Idealerweise sollten alleinstehende Frauen in getrennten Häusern leben können. In gemischten Unterkünften sollten Stockwerke und sanitäre Anlagen nach Frauen und Männern getrennt werden.

«Keine Fälle bekannt»

TDF habe zwar lediglich Bewohnerinnen und Mitarbeiterinnen in kantonalen Unterkünften befragt, wisse aber von ähnlichen Problemen in Zentren des Bundes, sagt Egger. TDF bildet Mitarbeiter von Unterkünften des Bundes mit Fokus auf geschlechtsspezifische Gewalt oder Frauenflüchtlinge aus. In diesen Zentren sei rund um die Uhr Sicherheitspersonal und auch weibliches medizinisches

Personal vor Ort. Schlafzimmer und Dusch- und WC-Zeiten seien in den Bundeszentren nach Geschlechtern getrennt. In Unterkünften, wo dies nicht möglich sei, würden in der Regel nur Männer untergebracht. Allgemein sei die Situation in den kollektiven Unterkünften des Bundes nicht prekär.

Die Direktion der kantonalen Sozialdirektoren (SODK) hat die Kritik von Terre des Femmes zur Kenntnis genommen. Man zweifle die Ergebnisse der Studie nicht an, könne sie aber auch nicht bestätigen, schreibt Margrith Hanselmann, Generalsekretärin (SODK). Und: «Wir haben keine Kenntnisse von sexuellen Übergriffen in Asylzentren.» Auf Ebene der Kantone wehrt man sich gegen die Dar-

stellung von Terre des Femmes. «Wir sind natürlich sensibilisiert, dass wir Unterkünfte und eine Betreuung bieten, die frauengerecht sind», sagt etwa Jris Bischof, Leiterin des Sozialamts des Kantons Zug. Im Durchgangszentrum des Kantons, wie auch in der zweiten Phase der Unterbringung in Wohngemeinschaften oder im ehemaligen Kantonsspital, achte man strikt auf die Geschlechtertrennung.

Mangelnde Transparenz

Nach Ansicht der Organisation Terre des Femmes Schweiz unternehmen Bund und Kantone hingegen noch immer zu wenig. «Es wird zu wenig Geld gesprochen für eine qualitativ gute Unterbringung der Menschen», sagt Egger.